

Hauptabteilung Politik und Beratung
Berlin, Mai 2014



 Europawahl in Deutschland

Europawahl in Deutschland

am 25. Mai 2014

Wahlanalyse

Endgültiges Endergebnis

Viola Neu

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Viola Neu

Leiterin Team Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030 26996 3506
viola.neu@kas.de

Nico Lange

Stellv. Hauptabteilungsleiter
Politik und Beratung / Leiter
Team Innenpolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030 26996 3594
nico.lange@kas.de

1. Wesentliche Bestimmungsfaktoren der Europawahl¹ 2014

1.1 Allgemeine Trends

Seit der ersten Europawahl folgt das Wahlverhalten eigenen Mustern, welche in einer Analyse von Karlheinz Reif und Hermann Schmitt² bereits 1980 herausgearbeitet wurden. Mittlerweile hat der Begriff der „Second-Order-Election“ oder Nebenwahl seinen Einzug in die Öffentlichkeit gehalten. In Deutschland könnte man auch von „Fourth-Order-Elections“ sprechen, da selbst Kommunalwahlen für wichtiger gehalten werden. Dies gilt auch bei der Wahl von 2014. 86 Prozent halten die Arbeit des Bundestages für wichtig (sehr wichtig/wichtig), 80 Prozent Nennungen erhält die Arbeit der Landtage, 76 Prozent die Gemeinde- und Stadträte und 56 Prozent das Europaparlament (Forschungsgruppe Wahlen).

Da Europawahlen eine geringere Bedeutung als nationalen Wahlen zugeschrieben wird, weicht das Wahlverhalten von nationalen Wahlen erheblich ab. Bei jeder Europawahl kann über Denkwahlwahlen berichtet werden, unter denen die Partei des jeweiligen Regierungschefs zu leiden hat. Am stärksten tritt dieser Effekt in der Mitte der Legislaturperiode der nationalen Regierung auf. Zudem bleiben die Wahlbeteiligungen zum Teil sehr deutlich unterhalb des Niveaus der nationalen Wahlen. Dies Ganze ist verbunden mit größerer Experimentierfreudigkeit, wovon häufig Protestparteien profitieren. Der einmalige Einzug der Republikaner in das Europaparlament 1989 (mit 7,1 Prozent der Stimmen) wird in Deutschland als typisches Protestwahlverhalten interpretiert. Gelegentlich taucht auch der Begriff der Ventilfunktion auf. Auch dass die kleineren Parteien zusammen auf etwa zweistellige Ergebnisse kommen, ist für Europawahlen in Deutschland nicht ungewöhnlich. Ein Einzug einer

¹ Wir danken herzlich der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap, die uns vorab die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zur Verfügung stellten.

² Karlheinz Reif, Hermann Schmitt, 1980, Nine Second-Order National Elections. A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results. In: European Journal for Political Research 8, S. 3 ff.

populistischen Partei in das Europaparlament hat jedoch meist keine Relevanz für die nationalen Parlamente. Europakritische Parteien haben es somit leicht, in das Europaparlament einzuziehen, auf der nationalen Ebene gelingt es ihnen hingegen nur sehr schwer, vom Europaskeptizismus zu profitieren.

Gleichermaßen kämpfen Europawahlen gegen ein recht weit verbreitetes Desinteresse in der Bevölkerung an. Rückschlüsse von Europawahlen auf die nationale Ebene sind daher nicht tragfähig. Zu sehr folgen diese Wahlen ihren eigenen Gesetzen. Dies kann – im Großen und Ganzen - für alle europäischen Länder festgestellt werden.

Nach der ersten Europawahl 1979 haben sich viele Images gebildet, welche die Wahrnehmung der europäischen Ebene bis heute prägen. Obwohl das Parlament mittlerweile fast alle parlamentarischen Rechte erhalten hat, fristet es in der Bedeutungswahrnehmung ein Nischendasein. Ob die Personalisierung durch die vor allem von Martin Schulz verkündete Kandidatur für das Amt des Kommissionspräsidenten einen eigenen Effekt hat, ist schwer zu beantworten. Das europäische Mehrebenensystem bietet den Menschen nicht die leicht verstehbare und verständliche Konfrontation von Opposition und Regierung und somit ein Mittel, politische Positionen zuordnen zu können. Zumal auch heute nicht von Personalisierungseffekten auf das Wahlverhalten auszugehen ist. Die Kandidatur für eine Position in Brüssel dürfte (bei allem Wohlwollen) für die meisten Wähler kein starkes Wahlmotiv darstellen, ebenso wenig wie die europapolitischen Positionen der Parteien, die den meisten Wählern zudem weitgehend unbekannt sind.

Die Wähler orientieren sich bei Europawahlen traditionell stärker an bundespolitischen Fragen als an europapolitischen Auseinandersetzungen. Allerdings gibt es im Vergleich zu früheren Wahlen eine kleine Verschiebung zugunsten von europapolitischen Motiven. Während 2004

und 2009 ca. 60 Prozent die Bundespolitik als maßgeblich nennen, sind es 2014 54 Prozent (Infratest dimap). Vielleicht ist es noch zu früh, von einer Trendwende zu sprechen, aber auch die leicht gestiegene Wahlbeteiligung weist in die Richtung einer etwas größeren wahrgenommenen Relevanz der EU.

Gleichwohl stellt die Forschungsgruppe Wahlen fest: „Mit gewohnt schwacher Beteiligung, besonderen Nebenwahl- und Mobilisierungseffekten, kaum Parteien- und Personenwettbewerb, sowie ohne koalitionsstaktische Wahlmotive und neuerdings ohne Sperrhürde bleibt die Europawahl ein Unikat“, schreibt die Forschungsgruppe in ihrer Europawahlanalyse (Forschungsgruppe Wahlen, Europawahl, 25. Mai 2014).

1.2 Die Wahlbeteiligung

Bei dieser Europawahl ist in Deutschland der Trend der sinkenden **Wahlbeteiligung** gestoppt worden. Die Wahlbeteiligung stieg um 4,9 Prozentpunkte von 43,3 auf 48,1 Prozent. Dennoch ist der Unterschied zur Bundestagswahl beträchtlich, bei der 71,5 Prozent der Wahlberechtigten wählen gingen (ein Vergleich der absoluten Stimmen sollte nicht vorgenommen werden, da ca. 3 Millionen EU-Bürger in Deutschland zusätzlich wahlberechtigt waren).

Wesentliches Hindernis für eine höhere Wahlbeteiligung ist das nach wie vor vergleichsweise niedrige Interesse. Vor der Europawahl sagten 40 Prozent, sie hätten ein starkes Interesse, bei der Bundestagswahl 2013 betrug der Referenzwert 67 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen). Bei Infratest dimap ist das Interesse an den Europawahlen von 43 Prozent 2009 auf 48 Prozent 2014 angestiegen, was exakt die Wahlbeteiligung widerspiegelt.

Bei Europawahlen gibt es ein prinzipielles Problem: Womit werden die Ergebnisse verglichen? Der Vergleich mit der letzten Bundestagswahl vom September 2013 wäre zwar naheliegend, aber wenig hilfreich, da die Wähler von Bundestags- und Europawahlen sehr unterschiedlich sind und gänzlich andere Wahlmotive aufweisen. Da Bundestagswahlen für sehr wichtig gehalten werden, stimmen auch Wähler ab, die der Politik sonst eher distanziert gegenüberstehen. Bei Europawahlen ist der Effekt bekannt, dass es eindeutige wahlsteigernde Effekte gibt: „mit höherem Interesse an Politik und den EP-Wahlen [...] größerem Faktenwissen [...] sowie steigendem Gefühl der Betroffenheit durch die EU“³ geht der Wahlberechtigte eher zur Abstimmung. Wer die EU weder gut noch schlecht bewertet, neigt eher dazu, zu Hause zu bleiben, als wer sie positiv oder negativ bewertet.⁴ Sachpolitische Überlegungen und parteipolitische Kompetenzen scheinen zudem einen geringen Einfluss auf die Wahlentscheidung auszuüben.

Bei der Europawahl kommt als Hauptmotiv der Nichtwähler zumindest das geringe Wissen über die inhaltlichen Unterschiede der Parteien in Bezug auf die Europapolitik zum Tragen. 68 Prozent sagen „Ich weiß gar nicht, wie sich die Parteien in ihrer Europapolitik inhaltlich unterscheiden“ (Infratest dimap). Aber auch Enttäuschung über die Politik spielt für 65 Prozent der Nichtwähler eine Rolle sowie das Gefühl, dass keine Partei die eigenen Interessen vertritt (61 Prozent; alle Angaben: Infratest dimap). Die Abstinenz bei Bundestagswahlen wird von anderen Motiven geprägt.⁵

³ Bettina Westle, Interesse und Einstellung der Bevölkerung, <http://www.bpb.de/politik/wahlen/europawahl/182651/interesse-und-einstellungen-der-bevoelkerung> (Stand, 14.05.2014).

⁴ Vgl. Bettina Westle, 2014, Interesse und Einstellung der Bevölkerung, <http://www.bpb.de/politik/wahlen/europawahl/182651/interesse-und-einstellungen-der-bevoelkerung> (Stand, 14.05.2014).

⁵ Vgl. Viola Neu, 2012, „Dann bleib ich mal weg.“ Der Mythos der ‚Partei‘ der Nichtwähler. http://www.kas.de/wf/doc/kas_31915-544-1-30.pdf?130704105023

Der Einfluss der Kommunalwahlen auf die Wahlbeteiligung ist differenziert: In Brandenburg, Hamburg und Nordrhein-Westfalen fanden die letzten Kommunalwahlen nicht zusammen mit der Europawahl statt. Hier ist ein deutlicher Effekt auszumachen. In Brandenburg stieg die Wahlbeteiligung um 16,8 Punkte, in Nordrhein-Westfalen um 10,5 Punkte und in Hamburg um 8,8 Punkte. Aber auch Berlin profitiert von dem Volksentscheid (über die Gestaltung des Flughafengeländes Tempelhof), wodurch die Wahlbeteiligung um 11,6 Punkte anstieg. Ansonsten haben Länder mit bereits überdurchschnittlich hoher Wahlbeteiligung ihr Niveau eher gehalten (Rheinland-Pfalz; Baden-Württemberg). Es gibt aber auch das Gegenteil: So sank die Wahlbeteiligung bei der Europawahl im Saarland, allerdings von einem überdurchschnittlich hohen Niveau ausgehend. In Niedersachsen ist die Wahlbeteiligung ebenfalls deutlich (um 8,5 Punkte) angestiegen und gegen den Trend konnte die CDU leicht zulegen (+0,2 Punkte). Dies könnte ein Persönlichkeitseffekt des deutschen CDU-Spitzenkandidaten David McAllister sein.

1.3 Personalisierung?

„This time is different“ lautet der Slogan des Europäischen Parlaments zur Europawahl. Bei dieser Europawahl kam es infolge der Änderungen des Vertrages von Lissabon (2009) zu einigen institutionellen Reformen, zu denen auch die Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament zählt. Dadurch war zum ersten Mal bei der Parlamentswahl die Möglichkeit einer **europaspezifischen Personalisierung** in den Wahlkampagnen gegeben. Der Sozialdemokrat Martin Schulz war Kandidat der sozialdemokratischen Parteien Europas, die in der S&D-Fraktion zusammengeschlossen sind. Die deutschen Sozialdemokraten entschieden sich für eine personalisierte Wahlkampagne mit dem Spitzenkandidaten Schulz. Ob dieser Strategie die Zugewinne der Sozialdemokratie zu verdanken sind, kann wissenschaftlich nicht geklärt werden. In einer

offenen Frage nach dem Spitzenkandidaten konnten 27 Prozent Martin Schulz richtig benennen; unter den Anhängern der Sozialdemokraten waren es 39 Prozent. Den Kandidat der Europäischen Christdemokraten, Jean-Claude Juncker, konnten 15 Prozent richtig angeben und zwar sowohl alle Befragten als auch die Anhänger der Christdemokraten (jeweils Forschungsgruppe Wahlen; KW 20). Am Ende des Wahlkampfes konnten 22 Prozent Juncker und 32 Prozent Schulz als die Spitzenkandidaten der europäischen Christ- bzw. Sozialdemokraten benennen (Forschungsgruppe Wahlen). Infratest dimap hat im Mai danach gefragt⁶, welcher von beiden Kandidaten bevorzugt würde. Hier kam Schulz auf einen Wert von 39 Prozent und Juncker auf 22 Prozent. 30 Prozent gaben keine Antwort.

Am Ende des Wahlkampfes hätten 71 Prozent der SPD-Wähler Schulz und 41 Prozent der Unions-Anhänger Juncker als EU-Kommissionspräsidenten gewünscht. Allerdings konnten auch am Ende des Wahlkampfes 41 Prozent der Befragten keine Meinung abgeben (Forschungsgruppe Wahlen). Damit dürfte Schulz für die Mobilisierung von SPD-Wählern eine gewisse Rolle gespielt haben. Zweifellos befindet sich ein Kandidat für ein europäisches Spitzenamt im eigenen Land gegenüber einem Kandidaten, der auf der nationalen Ebene keine Rolle spielt, im Vorteil. Ob dies jedoch ursächlich mit dem verbesserten Ergebnis der SPD im Zusammenhang steht, kann nicht zweifelsfrei belegt werden. Auch vor dem Wahlkampf lagen die Sozialdemokraten in nationalen Umfragen etwa auf dem Niveau ihres europäischen Wahlergebnisses. Daher scheint das Bundesklima für die Sozialdemokraten wesentlich gewesen zu sein.

⁶ Allerdings war die Frage nicht offen. „Bei der Europawahl bewerben sich erstmals Spitzenkandidaten um das Amt des Präsidenten der europäischen Kommission. Für die europäischen Sozialdemokraten tritt der Präsident des Europaparlaments Martin Schulz an, für die europäischen Christdemokraten der frühere luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker. Wen würden Sie persönlich als Kommissionspräsidenten bevorzugen: Martin Schulz oder Jean-Claude Juncker? Wenn Sie Martin Schulz und/oder Jean Claude Juncker nicht kennen, sagen sie mir das bitte.“

1.4 Das Meinungsklima

Alles in allem herrscht gegenüber der EU ein entspanntes Meinungsklima, das von der guten wirtschaftlichen Lage in Deutschland mitbestimmt wird. Gegenüber der Vorwahl von 2009 hat sich das wirtschaftliche Klima geradezu umgekehrt: 2014 bewerten 80 Prozent die wirtschaftliche Lage positiv, 2009 waren es 12 Prozent (Infratest dimap). Während bei den letzten beiden Europawahlen neutrale Einstellungen gegenüber der EU dominierten, werden 2014 von einer relativen Mehrheit von 44 Prozent Vorteile der deutschen Mitgliedschaft in der EU gesehen (Infratest dimap). „Rekordniveau“ macht auch die Forschungsgruppe Wahlen in der Grundeinstellung zur EU aus. Noch nie hätte seit dem Inkrafttreten der „Verträge von Maastricht 1992“ der Anteil der positiven Bewertungen so hoch gelegen (Forschungsgruppe Wahlen). Auch die gemeinsame Arbeit der EU wird tendenziell positiver betrachtet. 70 Prozent sprechen sich derzeit für mehr gemeinsame Politik aus (Infratest dimap). Lediglich die Anhänger der AfD votieren zu 67 Prozent für die Option, dass Deutschland wieder stärker alleine handelt (Infratest dimap). 68 Prozent aller Befragten plädieren für eine stärkere politische und 69 Prozent für mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit (Forschungsgruppe Wahlen).

Auch wenn die EU durchaus differenziert bewertet wird, gibt es grundsätzlich einen Konsens über die EU. 72 Prozent der Befragten sagen „Die EU bietet besonderen Schutz in Krisenzeiten“, eine Aussage, die man in dieser Höhe wohl nach den Turbulenzen der letzten Jahre nicht zwangsläufig erwartet hätte. 70 Prozent sagen, dass man durch die EU in Europa sicherer leben würde und 68 Prozent teilen die Meinung, dass die EU dafür Sorge, dass es uns wirtschaftlich gut gehe (alle Angaben: Infratest dimap). Auch andere Fragen werden überwiegend proeuropäisch beantwortet. So sagen 86 Prozent, es sei im deutschen Interesse, den Euro stabil zu halten. Lediglich 20 Prozent glauben, es wäre besser, wieder die DM einzuführen. Allerdings erwarten auch 78 Prozent, dass die

Eurokrise den deutschen Steuerzahler noch mehr kosten wird. Wichtig ist jedoch auch, dass 73 Prozent angeben, von der Krise bisher nicht betroffen zu sein (alle Angaben: Infratest dimap).

2. Das Abschneiden der Parteien⁷

Da Europawahlen ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten haben, ist es schwierig – fast unmöglich – Wahlmotive ähnlich wie bei Bundes- oder Landtagswahl zu kristallisieren. Die Kompetenzen der Parteien und der Einfluss der Spitzenkandidaten sind zu vernachlässigen, da kein Regierungswechsel erfolgen kann.

Trotz leichter Verluste kann die Union erneut die Europawahl als eindeutig stärkste Partei gewinnen. Sie erhält 35,4⁸ Prozent der Stimmen. Das Abschneiden der **Unionsparteien** fällt unterschiedlich aus. Während die CDU bei geringen Verlusten von 0,6 Punkten ihr Ergebnis etwa gehalten hat, hat die CSU 1,9 Punkte eingebüßt. Bundesweit erhält die CDU 30,0 und die CSU 5,3 Prozent. Die CSU verzeichnet in Bayern ein Minus von 7,6 Punkten. Die CDU verliert zudem überdurchschnittlich in Berlin, Hamburg und Hessen (mehr als 4 Prozentpunkte). Die CDU wird 29 und die CSU 5 Abgeordnete entsenden. Die CDU büßt damit 5 und die CSU drei Mandate ein.

Unmittelbar vor der Wahl erreicht die Union in Umfragen, bezogen auf die Europawahl, Werte von 37-38 Prozent. Bei der Sonntagsfrage für den Bundestag schwanken die Angaben zwischen 39 und 41 Prozent (vgl. www.Wahlrecht.de, Stand 26.5.2014). Damit schneidet sie bei der Europawahl etwas schlechter ab, als bei einer hypothetischen Bundestagswahl. Insgesamt ist das nationale Meinungsklima bei allen

⁷ Endgültiges amtliches Endergebnis.

Europawahlen in Deutschland ein recht guter Prädiktor für das Abschneiden der Parteien, wie Aiko Wagner⁹ gezeigt hat. Im Fall der Union ist im Unterschied zu den anderen Parteien jedoch eine größere Abweichung erkennbar. Ob es einen „last-minute-swing“ gegeben hat, kann nicht geklärt werden. Unmittelbar drängen sich keine Erklärungsmuster auf, welche den Rückgang an Stimmen erklären könnten.

Die Bundesregierung wird von 53 Prozent positiv bewertet; 2009 lag der Referenzwert bei 40 Prozent (Infratest dimap). Jedoch werden die Koalitionsparteien sehr unterschiedlich bewertet. Während knapp die Hälfte aller Befragten mit CDU und SPD in der Bundesregierung zufrieden ist, kommt die CSU auf einen Wert von 29 Prozent (Infratest dimap).

Im Vergleich zu anderen Anhängerschaften orientieren sich die Unionsanhänger am stärksten an der Bundespolitik. Hätten bei der Europawahl die gleichen Mechanismen wie bei Bundestagswahlen gewirkt, hätte die Union – vor allem aufgrund ihres guten Kompetenzprofils – besser abschneiden können. Sie liegt in den Bereichen Wirtschaft, Euro-Sicherung und Arbeitsplätze sehr deutlich vor der SPD (zum Teil über 30 Punkte; vgl. Forschungsgruppe Wahlen).

Mit einem ausgesprochen schwachen (genau genommen dem schlechtesten) Vorwahlergebnis von 20,8 Prozent, war es höchst wahrscheinlich, dass die **SPD** zulegen würde. 27,3 Prozent der Wähler entschieden sich für die Sozialdemokraten. Das größte Plus von 8,4 Punkten kann sie in Hamburg verzeichnen, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit einem Plus von 8,1 Punkten.

⁸ Prozentwerte können durch Auf- und Abrundungen von einer reinen Addition der Ergebnisse abweichen. Daher ergibt sich abweichend zur Addition der Prozentwerte für die Union ein Gesamtergebnis von 35,4 Prozent.

⁹ Aiko Wagner, 2014, Vor der Europawahl. Die Wähler in der Bundesrepublik, <http://www.kas.de/wf/de/33.37219/>, S. 18.

Das Ergebnis der SPD liegt im aktuellen Bundestrend. In der Sonntagsfrage für die Bundestagswahl lag sie zuletzt bei 25 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen). Die Schwankungsbreite der veröffentlichten Meinungsumfragen in Bezug auf die SPD lag zwischen 24 und 26 Prozent.

Die SPD hat einen Zugewinn von 4 Abgeordneten und kann insgesamt 27 der 96 Sitze erringen.

Die SPD profitiert – wie die CDU – von ihrer positiv wahrgenommenen Regierungsarbeit auf der Bundesebene. Auch ist die Akzeptanz von Martin Schulz in den eigenen Reihen durchaus vorhanden und könnte so zu einer Binnenmobilisierung geführt haben, was jedoch nicht geklärt werden kann. Auch andere Repräsentanten der SPD (wie Frank Walter Steinmeier) genießen in der Wählerschaft hohe Akzeptanz. Auf jeden Fall ist der Persönlichkeitsfaktor nicht mit dem einer Bundestagswahl vergleichbar.

Die **Grünen** verlieren mit 1,4 Punkten nur geringfügig und erhalten ein psychologisch wichtiges zweistelliges Ergebnis von 10,7 Prozent. Die Grünen verlieren 3 Mandate und 11 Abgeordnete werden die Partei auf der europäischen Ebene repräsentieren.

Die **FDP** verlor mit 7,6 Punkten deutlich und kann mit einem Anteil von 3,4 Prozent nicht einmal an das Bundestagswahlergebnis anknüpfen. Die FDP büßt 9 Sitze ein und kann noch 3 Abgeordnete entsenden.

Die **Linke** hat das Vorwahlergebnis von 7,4 Prozent etwa gehalten (-0,1 Punkte). Die Linke wird mit 7 Mandaten vertreten sein (-1). Der „Oskar“-Bonus im Saarland gehört spätestens mit der Europawahl der Vergangenheit an. In ihrer ehemaligen Hochburg hat sie 5,4 Punkte eingebüßt und kommt auf 6,6 Prozent. Aber auch in Brandenburg büßt sie überdurchschnittliche 6,3 Punkte ein.

Die **AfD** erreicht 7,1 Prozent. Da sie zum ersten Mal bei einer Europawahl kandidiert, ist ein Vorwahlvergleich nicht möglich. Die AfD kann 7 Parlamentarier in das EP schicken. Am besten schneidet sie mit 10,1 Prozent in Sachsen ab, gefolgt von Hessen (9,1 Prozent), Brandenburg (8,5 Prozent) und Bayern (8,1 Prozent).

Zu den typischen Phänomenen der Europawahlen gehören gute Ergebnisse von euroskeptischen, populistischen bis extremistischen Parteien, auch wenn diese Tendenz in Deutschland eher selten zu erkennen war. Daher wird den Europawahlen auch gelegentlich eine „Ventilfunktion“ zugesprochen, bei der sich diffuse Ängste, Sorgen und Kritik „Luft machen“. Bei der Anhängerschaft der AfD gibt es deutliche Hinweise auf Protestwahlmotive. Während die Mehrheit von 67 Prozent aller Wähler die jeweilige Partei aus Überzeugung heraus wählt, sagt dies gerade einmal ein Drittel der AfD-Anhänger. Das bedeutet, dass 60 Prozent „Enttäuschung“ von einer anderen Partei als Hauptwahlmotiv angeben. Lediglich die Linke kommt an diesen hohen Enttäuschungsgrad mit einem Wert von 41 Prozent noch etwas näher heran (Infratest dimap). Die Anhänger der AfD orientieren sich nicht an den Spitzenkandidaten (weder den deutschen noch den europäischen) noch ist eine Parteibindung vorhanden (jeweils Werte von unter 10 Prozent, vgl. Infratest dimap). Eine weitere Besonderheit in der Wahlmotivation der AfD-Anhänger stellt die vermutete geringe Bedeutung der Europawahl dar. 45 Prozent stimmen der Aussage zu „Die Europawahl ist so unbedeutend, da kann man auch mal eine andere Partei wählen“. Von allen Wahlberechtigten sagen dies 20 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen).

Obwohl man bei den AfD-Anhängern europapolitische Protestmotive erwarten würde, orientiert sich ihre Wahlentscheidung etwa hälftig an bundes- und an europapolitischen Motiven (Infratest dimap). In einem Punkt unterscheiden sie sich jedoch sehr deutlich von allen anderen Anhängerschaften: Nur 11 Prozent der AfD-Anhänger sehen in der EU-

Mitgliedschaft Vorteile (Gesamt: 46 Prozent) und nirgends werden die Nachteile größer bewertet. So sagen 45 Prozent der AfD-Anhänger, sie würden Nachteile sehen (gesamt 16 Prozent; Infratest dimap). Daher überrascht es nicht, dass innerhalb der AfD-Anhänger die Mehrheit auf einen deutschen Alleingang setzt (s. oben).

Die „**Sonstigen**“ Parteien können ihre Vorwahlergebnisse nur geringfügig verändern. Die jeweiligen Gewinne und Verluste belaufen sich unter einem Prozentpunkt. Somit kann man nicht davon ausgehen, dass der Wegfall der 5- bzw. 3-Prozent-Hürde einen Einfluss auf ihr Ergebnis hat. Politisch hat die „0“-Prozent-Hürde jedoch Auswirkungen, da folgende Parteien mit jeweils einem Abgeordneten im Europaparlament vertreten sein werden: Freie Wähler, Tierschutzpartei, FAMILIE, PIRATEN, ÖDP, NPD und die „PARTEI“. Die niedrigsten mandatsrelevanten Anteile haben die PARTEI und die ÖDP. Sie können mit einem Stimmenanteil von 0,6 Prozent (ca. 185.000 Wähler) einen Abgeordneten entsenden.

3. Die Wählerwanderungsbilanz¹⁰ im Vergleich zur Bundestagswahl und das Abschneiden in verschiedenen Bevölkerungsgruppen¹¹

Die Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap bezieht sich nicht auf die letzte Europa-, sondern auf die letzte Bundestagswahl von 2013. Dies hat einen einfachen Hintergrund: Da die Rückerinnerung an das Wahlverhalten der letzten Europawahl – gelinde gesagt – schwach ausgeprägt ist, nimmt man als Bezug die letzte Bundestagswahl. Da bei der Bundestagswahl die Wahlbeteiligung deutlich höher liegt, ergeben sich vor allem in der Mobilisierung Unterschiede. Die Wählerwanderungen sollten als aktuelle Bewegungen in der Wählerlandschaft unter den

¹⁰ Wählerwanderungsbilanz: Infratest dimap Wahlanalyse. Die Wählerwanderungsbilanz bezieht sich auf Vergleichswerte der Bundestagswahl 2013.

¹¹ Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen.

besonderen Bedingungen der Europawahl interpretiert werden. Sie zeigen auch wie „unideologisch“ Wähler ihre Entscheidung treffen. Aufschluss über langfristige tektonische Verschiebungen können sie nicht leisten. Auch die sozialstrukturellen Eigenschaften der Parteianhänger sollten nicht überinterpretiert werden. Vor dem Hintergrund einer gleichermaßen nivellierten wie volatilen Wählerschaft lassen sich nur bedingt Rückschlüsse auf Wählermilieus und deren Verankerung mit Parteien ziehen.

Im Unterschied zur Bundestagswahl verliert die **Union** vor allem an die Afd (-510.000) Wähler. Zur SPD wechseln 340.000 und zu den Grünen 270.000 Wähler. 20.000 wechseln von der FDP zur Union. Weitere 100.000 Stimmen kann die Linke für sich verbuchen. Damit ist die Wechselbereitschaft von der Union zu linken Parteien mit 710.000 Wählern wesentlich umfangreicher als gegenüber der AfD. Im Wechsel mit den „sonstigen“ Parteien hat die Union 440.000 Stimmen eingebüßt.

Die niedrige Wahlbeteiligung trifft die Union besonders deutlich: 6.080.000 Unions-Wähler von 2013 nahmen nicht an der Wahl teil. Im Vergleich zu allen anderen Parteien ist dies absolut der höchste Anteil. Prozentual ging etwa ein Drittel¹² der Unions-Wähler der Bundestagswahl nicht zur Wahl.

Die Zusammensetzung der Unionswählerschaft weist die üblichen Charakteristika auf: Die Union ist bei älteren Wählern erfolgreicher und findet bei Landwirten wie Katholiken besonders starken Rückhalt. Sie erhält bei Arbeitern größere Unterstützung als die SPD. Die Verluste verteilen sich recht homogen über alle Gruppen. In der kleinen Gruppe der Beamten fallen sie überdurchschnittlich aus, aber auch in der ältesten und treuesten Wählergruppe (60+) hat sie überdurchschnittlich verloren.

¹² Berechnet nach den Wählerwanderungsbilanzen von Infratest dimap, nicht nach den amtlichen Endergebnissen, da dort die Nettoverluste ausgewiesen sind und nicht nur die Nichtwählerverluste.

Die **SPD** gewinnt gegenüber der Bundestagswahl 340.000 Unionswähler hinzu; weitere 60.000 Wähler kommen von der FDP. Verluste hat sie an die AfD (-180.000), die Grünen (-110.000) und die Linke (-50.000). Dieses jenseits politischer weltanschaulicher Lager liegende Wechselverhalten zeigt sich somit auch an der SPD.

Für 400.000 „bürgerliche“ Wähler war die SPD bei der Europawahl eine Option, in das „linke“ Lager gingen mit 160.000 Stimmen weniger als sie Gewinne aus dem bürgerlichen Lager hatte. Weitere 210.000 Wähler wechseln zu den „sonstigen“ Parteien.

Aber auch die SPD bleibt von der geringen Wahlbeteiligung nicht verschont, wenn auch in geringerem Ausmaß als die Union. 3.070.000 Wähler bleiben den Urnen fern. Etwa jeder vierte ehemalige SPD-Wähler ist nicht zur Wahl gegangen.

Die SPD gewinnt bei Rentnern über-, bei Arbeitslosen jedoch unterdurchschnittlich hinzu. Ihre Gewinne steigen mit zunehmendem Alter an.

Die **FDP** verliert von dem niedrigen Niveau der Bundestagswahl weiterhin, wenn auch schwach. Bei ihr wandern die Wähler in alle Richtungen: 60.000 zur AfD, 60.000 zur SPD, 40.000 zu den Grünen, 20.000 zur Union und 10.000 zur Linken. Weitere 800.000 Wähler bleiben zu Hause und 70.000 bevorzugen die Wahl einer anderen kleinen Partei.

Jüngere FDP-Wähler neigen etwas stärker dazu, die Partei zu verlassen als ältere Wähler.

Die **Grünen** haben sich gegenüber der Bundestagswahl verbessert und gewinnen vor allem von den Volksparteien Wähler hinzu. 270.000

Unionswähler und 110.000 SPD-Wähler entscheiden sich für die Partei. Weitere 40.000 FDP- und 20.000 Linke-Wähler machen ihr Kreuz bei den Grünen. Aber auch sie müssen 30.000 Stimmen an die AfD abgeben. Die anderen Parteien haben einen Zustrom von 160.000 ehemaligen Grünen-Wählern zu verzeichnen. 760.000 Grünen-Wähler der Bundestagswahl ziehen bei der Europawahl die Abstinenz vor.

Die (geringen) Verluste der Grünen verteilen sich relativ ähnlich in allen sozialstrukturellen Gruppen.

Die **Linke** hat im Vergleich zur Bundestagswahl leichte Verluste (-1,2 Punkte). Sie gewinnt 100.000 Unions-, 50.000 SPD- und 10.000 FDP-Wähler. Die Grünen können 20.000, die AfD sogar 110.000 ehemalige Wähler der Linken gewinnen. Weitere 200.000 Wähler wechseln zu einer der kleineren Parteien.

Die Linke ist ebenfalls erheblich von der Wahlabstinenz betroffen: 1.410.000 Wähler bleiben den Urnen fern, dies ist mehr als ein Drittel der Wählerschaft.

Auch die leichten Verluste der Linken weisen kaum Eigentümlichkeiten auf.

Die **AfD** gewinnt gegenüber der Bundestagswahl gut 2 Punkte hinzu. Davon sind 510.000 Stimmen von der Union, 180.000 von der SPD, 110.000 von der Linken, 60.000 von der FDP und 30.000 von den Grünen gewechselt. Lediglich 20.000 Stimmen kommen von den „sonstigen“ Parteien.

Aber der Abfluss an das Nichtwählerlager ist beträchtlich. 910.000 AfD-Wähler der Bundestagswahl bleiben diesmal der Abstimmung fern. Damit hat sie von September bis Mai die Hälfte ihrer Wählerschaft der

Bundestagswahl verloren und kann nur aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung prozentual profitieren.

Nach den Ergebnissen der Landtagswahl in Hessen, der Bundestagswahl und jetzt der Europawahl scheint die Wählerstruktur der AfD recht fluide und volatil zu sein. Rechnet man die Wanderungen in Prozente um, relativiert sich der Aderlass der Union erheblich. Union und Linke haben prozentual etwa gleich hohe Verluste gegenüber der AfD, was darauf hindeuten könnte, dass der Protest der Wähler - wie in vielen anderen Fällen auch – keine politische Heimat hat.

Die AfD findet (wie auch bei der Bundestagswahl) etwas stärkeren Rückhalt bei jüngeren Männern. Übrigens gibt es keine Gruppe, bei der die „sonstigen“ Parteien einen so starken Rückhalt finden wie bei jungen Männern, die schon in der Vergangenheit durch eine besondere Experimentierfreude aufgefallen sind. Auch die Piraten konnten während ihrer Hochphase auf diese Wählergruppe bauen. So haben sich etwa 20 Prozent der unter 30-jährigen Männer für eine nicht etablierte Partei entschieden. Die größte Unterstützung finden die „Sonstigen“ bei Wählern mit niedriger Bildung, die jünger als 34 Jahre sind. Hier kommen sie auf einen Anteil von 25,2 Prozent. Die AfD kommt in der Gruppe der jüngeren Wähler (bis 34 Jahre) mit einem mittleren Bildungsniveau auf ihren höchsten Wert (10,6 Prozent).